

PRESSEMELDUNG
21.04.2026

Staat verteilt Versprechen, der Mittelstand soll zahlen: MIT Paderborn kritisiert 1.000-Euro-Entlastungsprämie

Paderborn, 21. April 2026. Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) im Kreis Paderborn kritisiert die geplante steuer- und abgabenfreie Entlastungsprämie von bis zu 1.000 Euro scharf. Was in Berlin als schnelle Hilfe angekündigt wird, droht in der betrieblichen Praxis zum nächsten politischen Erwartungsdruck auf Kosten von Mittelstand und Handwerk zu werden. Nach aktuellem Stand soll die Prämie freiwillig sein, zusätzlich zum Lohn gezahlt werden und bedarf noch der Zustimmung von Bundestag und Bundesrat.

„Beschäftigte brauchen Entlastung. Aber wer ernsthaft entlasten will, darf nicht in Berlin schöne Schlagzeilen produzieren und die Rechnung anschließend den Arbeitgebern zuschieben“, erklärt Daniel Greve, Vorsitzender der MIT Kreis Paderborn. „Was wir brauchen, sind dauerhafte Strukturreformen: niedrigere Steuern, geringere Sozialabgaben, weniger Bürokratie und endlich wieder bezahlbare Energie. Alles andere ist Symbolpolitik mit Ansage.“

Greve weiter: „In vielen Betrieben ist die Finanz- und Lohnplanung für 2026 längst abgeschlossen. Steigende Kosten, knappe Margen und wachsende Bürokratie lassen keinen Spielraum für politisch erzeugten Zusatzdruck. Eine Prämie mag formal freiwillig sein – in der Realität entsteht daraus schnell eine Erwartung, die viele kleine und mittlere Betriebe schlicht nicht erfüllen können.“

Dietmar Ahle aus Paderborn erklärt: „Gerade im Handwerk kämpfen viele Betriebe ohnehin mit Liquiditätsdruck, hohen Materialkosten und massivem Kostendruck. Wenn die Politik 1.000 Euro in den Raum stellt, kommt bei vielen Beschäftigten vor allem die Zahl an – nicht der Hinweis, dass es keinen Anspruch gibt. So schafft man falsche Erwartungen und neuen Druck im Betrieb.“

Die MIT Paderborn fordert deshalb eine praxistaugliche Ausgestaltung der Entlastungsprämie. Steuer- und abgabenfreie Entlastungen müssen auch für Überstunden, Mehrarbeit, leistungsbezogene Entgeltbestandteile und Sonderzahlungen nutzbar sein. Zudem braucht es Planungssicherheit statt hektischer Ankündigungspolitik. Selbst der inzwischen von der Bundesregierung vorgesehene Auszahlungszeitraum bis zum 30. Juni 2027 löst das Grundproblem aus Sicht der MIT nicht. Nötig sind mehr Flexibilität, ein längerer Horizont bis Ende 2027 und vor allem echte strukturelle Entlastungen statt politischer Trostpflaster.

Greve abschließend: „Die Bundesregierung darf den Menschen keine Wohltat versprechen, die am Ende aus den ohnehin knappen Kassen der Betriebe bezahlt werden soll. Wer Arbeit wirklich attraktiver machen will, muss den Staat schlanker machen – nicht die Unternehmen zum Zahlmeister politischer Entlastungsversprechen.“

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) ist mit rund 25.000 Mitgliedern der größte parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. Die MIT setzt sich für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und für mehr wirtschaftliche Vernunft in der Politik ein.

Kontakt

Daniel Greve
Vorstandsvorsitzender
MIT Paderborn
Liboriberg 21
33098 Paderborn
Telefon: 015223160203